

Die Energiewende, was sie ist und warum es sie braucht

Heute soll es um das energiepolitische Projekt gehen, das die Breg unter dem Namen „Energiewende“ auf die nationale Tagesordnung gesetzt hat. Ist ins Gerede gekommen: Strompreise steigen, Leitungsbau kommt nicht voran, Unzufriedenheit mit dem Fortgang des Projekts allenthalben, bei den Unternehmen, bei den Verbrauchern, bei der Regierung selbst.

- Dabei wenig Zweifel an den prinzipiell guten Zielen und Absichten des Projekts: Wer sich beschwert, dass die „Wende“ nicht klappt wie versprochen, der wünscht ihr ja Glück und gutes Gelingen.

Worum es bei der Energiewende geht, weiß inzwischen jedes Kind: „Wir“ müssen und wollen in unserer Energieversorgung weg vom Öl; in Dt. außerdem noch weg vom Atom, jedenfalls langfristig.

Für die Unabweisbarkeit dieses nationalen Müssens und Wollens werden einem 2 Gründe, 2 Argumentationsketten angeboten:

- Die eine argumentiert mit lauter guten, menschenfreundlichen Zielsetzungen: Statt auf Öl, Gas, Kohle und Atom setzen „wir“ bei der Versorgung der Menschheit mit Strom nunmehr auf Wind, Sonne und Biogas. Das schont die Umwelt und die Ressourcen und verhindert obendrein noch die Klimakatastrophe. Dieser Linie folgend weiß hierzulande jedes Kind inzwischen ohne große Begründung, dass es gute und böse Energiequellen gibt: Die einen sind schlecht und gefährlich, die anderen „erneuerbar“. Das soll soviel heißen wie: Davon ist immer genug da, die kann man nicht aufbrauchen, das ist schon einmal prima. Warum und wofür das prima ist, erfährt man zwar nicht so recht; zur Bebilderung dieses Lobs reicht die Vorstellung, dass der Globus und seine Schätze irgendwie endlich sind, wohingegen der Wind immer bläst und die Sonne jedenfalls in manchen Breiten ziemlich zuverlässig scheint. Die steigenden Preise und die Unannehmlichkeiten des Netzausbaus, die der Umbau so mit sich bringt, darf man unter dem Titel wegstecken, dass das doch alles letztlich für einen guten Zweck ist, oder auch mal auf die Stromkonzerne und deren Abzockmentalität schimpfen.

- Wind gut, Öl böse - diese Sicht der Dinge erfüllt besonders in Dt. in weiten Kreisen zwischen den Tatbestand einer durchgesetzten Nationalideologie. Der tut es offenbar gar keinen Abbruch, dass zugleich sehr viel handfestere und profanerer Zielsetzungen der Energiepolitik zur Sprache kommen:

Die 2. Begründungslinie lautet nämlich: Der ganze materielle Reichtum der deutschen Nation hängt davon ab, dass die Energiewende „gelingt“. Nichts Geringeres als die *Wettbewerbsfähigkeit* der deutschen Volkswirtschaft steht mit ihr auf dem Spiel: D.h. Die Fähigkeit deutscher Unternehmen, sich fortschreitend und dauerhaft an der Zahlungsfähigkeit der ganzen Welt zu bedienen und dabei die Konkurrenz aus anderen Ländern auszustechen. Die ist gefährdet, wenn das „Umsteuern“ auf neue Energiequellen nicht „gelingt“. Dabei gilt auch noch gleichzeitig, Deutschlands „Importabhängigkeit“ in Energiefragen zu verringern. Mitten in der globalisierten Welt freier Märkte kommt es an dieser Front offenbar schwer darauf an, möglichst viel „selbst“ zu vermögen und Energie nicht so viel auswärts einkaufen zu müssen. Und wenn man sich erkundigt, *warum* das ein Problem sein soll, schließlich gibt es doch überall Öl in allen nötigen Mengen zu kaufen, erfährt man, dass dies keineswegs einfach ein Problem von Preisen, von Angebot und Nachfrage ist. Sondern vielmehr eine Problem der *Geostrategie*. D erfährt man: Öl und Gas kommen entweder aus Staaten, deren Regierungen wir nicht im Griff haben und die deshalb „instabil“ heißen. Oder aber aus Staaten wie Russland, die „uns“ schon wieder viel *zu* stabil sind, also selbst so mächtig, dass sie eigene Forderungen und Bedingungen an die Lieferung knüpfen können, an denen die deutsche Politik nicht herumkommt. Die selbst Energiekonzerne wie Gazprom haben, die auf „unsere Märkte“ dringen, sogar nach Europa, dass doch unser Markt ist und bleiben soll.. Offenbar ist die Problemlage da so gelagert: Der verlässliche *Zugang* der Nation zu „ihren“ Energiequellen will gesichert sein; und das ist keine rein ökonomische Frage, sondern eine der politischen und militärischen Macht, die ein Staat aufzubieten hat, um „seine“ Energiequellen gegen andere Gewalten zu sichern. Dabei stehen „wir“ auch noch in Konkurrenz zu anderen Mächten; nicht nuzu etablierten WWM wie den USA, sondern „aufstrebenden Schwellenländern“ wie China und Brasilien, die „uns“ unsere Rohstoffquellen streitig machen, die Preise treiben, mit bösen Staaten wie dem Sudan Geschäfte machen... Usw.

So ungefähr wird die Argumentationskette in Zeitungen und von amtlicher Seite vorgetragen. Da wird nichts groß *begründet*, sondern einfach selbstverständlich *unterstellt*: Verlässlicher Zugriff auf Energie weltweit, gegen andere Staaten und in Konkurrenz zu ihnen, das ist eine nationale Zielsetzung höchster Güte, nicht einfach eine Frage des Marktes, vielmehr ein *politisches*, strategisches Programm, mit dem „wir“ gegen andere obsiegen müssen.

Da ist man plötzlich ganz weit weg von Umwelt und Naturschutz und mitten auf einem Feld härtester imperialistischen Konkurrenz: Wo (Ggstp. S. 127)

Da drängt sich dann ja schon die Frage auf: Was denn nun? Geht es um Umwelt, Ressourcenschonung und wie die schönen Zwecke alle heißen – oder geht es um ganz handfeste materielle Interessen vom Staat und Kapital, die gesichert und durchgesetzt werden wollen?

Anders gefragt: Was hat das *eine* – die politisch ins Werk gesetzte „Umsteuerung“ auf alternative Energien – mit dem *anderen* – die Sicherung der nationalen Energieversorgung als Basis und Mittel deutscher Weltmarkterfolge - zu tun?

Das ist die Frage, der ich heute Abend nachgehen will.

In 4 Abteilungen:

I. Worum geht's in der neuen imperialistischen Konkurrenz um Energie? Worin besteht die Attraktivität der EE für diese Konkurrenz?

II. Welches Programm verfolgt speziell Deutschland in dieser Konkurrenz?

III. Wie geht dessen politische Umsetzung ?

IV. Wie treibt das deutsche Programm die Weltmarktkonkurrenz einerseits voran – und auf welche Schranken stößt es in den „Energiewenden“ der anderen, konkurrierenden Nationen

I. Neue Energiekonkurrenz

1. Die maßgeblichen kapitalistischen Nationen haben in der Tat allesamt eine Wende im Kampf um die nationale Energieversorgung vollzogen:

Sie alle arbeiten daran, ihren Zugriff auf Energie zu einer Frage der *Verfügung über die Technologie ihrer Gewinnung* zu machen und nicht mehr zu einer des Zugriffs auf einen brennbaren Bodenschatz. (GGstp 1-10 S. 130). Sie wollen weg von einer Energieversorgung, die maßgeblich auf dem Zugriff auf auswärtige lagernde Rohstoffe beruht, und hin zu einer, die auf in eigener Regie entwickelter und angewandter moderne Technologie basiert. D.h.: Möglichst nur noch auf der Masse von Kapital und Kredit beruht, die eine Nation mobilisieren kann, um solche Technologie bei sich entwickeln und etablieren zu lassen.

Damit ist

a) ein neuer *Gegenstand der Staatenkonkurrenz in Sachen Energie in der Welt*. Die geht genau *darum*: Wer hat am schnellsten, am besten, am billigsten die Förder- u Produktionsmethoden parat, die *alle* haben wollen (müssen), um ihre nationale Energieversorgung auf dem höchsten Stand der modernen Technik verlässlich und rentabel zu organisieren. (Ob *das* dann übrigens mit oder ohne *Öl* geht, ist schon an dieser Stelle eine ganz andere Frage. Siehe die neue Wende in den USA)

In diesem Zusammenhang – aus diesem Grund, und für diesen Zweck – verlegen sich deshalb auch alle mächtigen Wirtschaftsnationen auf Wind- und Sonnenenergie Das ist der wirkliche, nämlich kapitalistische Nutzen, den sie in Wind und Sonne entdecken:

- selbst, bei sich, unter eigener Kontrolle haben
- Verfügbarkeit rein Frage der Technologie, Kapitalgröße

Frei zugänglich (S. 130 oben):

Zitat

b) Damit ist dann aber auch eine neue Sparte *Weltmarkt* eröffnet: (S. 129)

Produktion und der Verkauf der entsprechenden Technologie ist selbst inzwischen ein riesiger *Markt*, ein Zukunftsmarkt, wie es so schön heißt: D.h. sprudelnde Geldquelle für alle einschlägigen Konzerne. Das auch in vor allem deshalb, weil hier als Käufer nicht einfach Firmen und Konsumenten, sondern kaufkräftige *Staaten* unterwegs sind.

Dass die „eigenen“ Produzenten von diesem Markt möglichst große Teile besetzen, ist deshalb das Interesse der *Nationen*: Für die ist das einschlägige Weltgeschäft der Konzerne ein wichtiger Faktor des nationalen Wirtschaftswachstums:

3. Für die zugleich einen weltweiten Markt schaffen

4. damit andere *von sich* abhängig machen

Auf diesen Markt stürzen sich deswegen inzwischen *alle* maßgeblichen Mächte, von den USA bis China..

c) Also neues Konkurrenzfeld der *Staaten*: Die Energiepolitik andere Mächte gilt es zu beeinflussen, damit sie mit ihrer Energiewende für „unsere“ Konzerne einen Markt *schaffen*. Zur „Energiewende“ gehört ganz selbstverständlich „internationale Energiepolitik“ dazu (**website**)

Die deutsche „Energiewende“ ist also 1. ein riesiges imperialistisches Konkurrenzprojekt; und die EE sind 2. das Instrument, der Weg, mit dem Dt. in diese Konkurrenz obsiegen will. Dieses Zweck – Mittel - Verhältnis ist – so meine These - der Grund für die Art und Weise, wie die Regierung die Energiewende in Dt. vollzieht. Wind und Sinne sollen sein – dafür, dass Dt. sich als Wirtschaftsmacht behauptet und durchsetzt. Und dieser Maßstab und Gesichtspunkt bestimmt und durchzieht alle Maßnahmen, die dafür ergriffen werden. Das soll im Folgenden gezeigt werden.

Also erstens: Das mit den „erneuerbaren Energien“ ist nicht *bloß* eine beschönigende Redeweise zu dieser Konkurrenz. Das ist sie schon auch; insofern man glauben soll, dass es *darum* letztlich ginge. *In ihr und für sie* sind diese Energiequellen zu einem entscheidenden Konkurrenzmittel für die Staaten geworden, und zwar auf allen diesen Feldern: Preis, Importabhängigkeit reduzieren, den Markt für die Tech besetzen, anderen Abhängigkeit aufdrücken, statt selbst abhängig sein.

Zweitens aber: *Weil* alle darum konkurrieren, auf diesen Feldern zu obsiegen suchen, gibt es bei allen einschlägigen Nationen großen Handlungsbedarf in der Frage, wie man Einfluss nimmt und Einfluss bekommt auf die Energiepolitik der *anderen* Mächte. Von dem, was die da treiben, was denen da gelingt und was sie sich vornehmen, hängt der eigene Erfolg mit ab.

2. Deshalb läuft das Ganze, wie immer im modernen Imperialismus, nicht nur als praktische Konkurrenz, sondern zugleich als diplomatische Offensive

Gerade weil es so ein heißer Konkurrenzgegenstand, Bedarf nach Absprache: Unternehmung, sich in die Energiepolitik der anderen einzumischen, die mitzubestimmen, darüber den eigenen Nutzen aus der voranbringen.

Dafür, für diese wechselseitige Beeinflussung und das Hineinreden in die Energiepolitik der anderen, haben sich die Nationen ein Forum geschaffen: Das heißt „Klimakonferenz“.

Bei der geht es darum, welcher Nation es gelingt, den anderen in welchem Ausmaß ihre Methoden nationaler Energieumstellung als verbindliche Direktiven aufzuherrschen. Die inzwischen institutionalisierte Fassung dieser Konkurrenz heißt Klimakonferenz, deren Gegenstand ist CO2.

Worum geht es da?

Will gar nicht behaupten, dass sie die KK bloß deswegen *erfunden* haben. Wenn man sich anschaut, was sie da *machen*, ist es aber nicht anderes. Mag ja sein, dass sich Politikerhirne in schlaflosen Nächten um die Erderwärmung sorgen.

Kaum nehmen sie sich dieser Sorge politisch an, übersetzt sie sich rückstandsfrei in die Frage, wie die jeweilige Nation in der Konkurrenz der Staaten um die Verfügung über kapitalistisch verlässliche *Energiequellen* da steht. Da heißt der Standpunkt jeder Nation: *Emissionssenkung geht*, soweit und solange, vor allem aber nur *dadurch*, dass *wir* in der imperialistischen Konkurrenz um *Energie reüssieren*.

Dass das der *Maßstab* ist und zu sein hat, dem jedes vereinbarte „Regime“ in dieser Frage zu genügen hat, auch da sind sich die Staaten *einig*. Auf der Grundlage konkurrieren die Staaten nicht nur praktisch um Energie und die einschlägigen Märkte, sondern zugleich noch klimapolitisch um den Nachweis, dass der von ihnen präferierte „Energimix“ die Identität von CO₂-Senkung mit den anderen anerkannten Zielen von Energiepolitik (Versorgungsverlässlichkeit, Billigkeit, Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze...) am besten hin bekommt.

Dass es da jeder Nation um *ihre* je spezifische „Identität“ geht, ist bei alledem gar kein Geheimnis, sondern ebenfalls allseits anerkannt (Röttgen-Zitat Spiegel 2009, in GGst 1-10 S. 136). Der dt. Standpunkt heißt hier: Sonne und Wind müssen sein, *weil* doch Emissionssenkung angesagt ist. Stimmt bloß nicht... (vgl. Pkt. IV)

In dieser Konkurrenz hat sich Dt. zum Vorreiter gemacht. Dt. Energiepolitik zielt darauf, den Konnex zwischen dem anerkannten Maßstab CO₂-Reduktion und ihrer besonderen Fassung der energiewende zu behaupten und zu beweisen.

Die *praktische* Konkurrenz zu gewinnen und sich darüber zugleich mit überzeugender Munition für die *klimapolitische Diplomatiekonkurrenz* zu versorgen: Das ist die Agenda der deutschen Energiewende. Das ist der Maßstab, an dem sich deren „Erfolg“ misst. *Deshalb* ist es eine Katastrophe, wenn die dt. Energiewende nicht „gelingt“. Das soll gezeigt werden.

II. Die dt. Energiewende: ein ziemlich anspruchsvolles Programm

Wie geht das: Die nat. Energieversorgung *rein* zu einer Frage der Technologieführerschaft in der Abteilung EE zu machen? Nichts Geringeres hat Dt. sich nämlich vorgenommen.

Einstiegszitat:

„Mit dem Energiekonzept hat sich die Breg. Im Sept. 2010 zentralen energie- und klimapol. Herausforderungen gestellt ... dass sie es auch in Zukunft bleiben.“ (Zitat Bmin für Wirtschaft u. Technologie Februar 2010, Materialpaket S. 2. oben)

- Versorgungssicherheit

- Preise

- Importabhängigkeit

Drei *allgemeine* Ziele staatlicher Energiepolitik zitiert, die sie immer verfolgt. Dafür soll die Wende nötig sein, dafür reichen die bisher ergriffenen Mittel nicht.

Also:

1. Was hat es mit diesen Zielen auf sich?

2. Warum will Dt. diese Ziele jetzt auf einem neuen Weg verfolgen und durchsetzen?

Zu 1.:

Ausgangspunkt: Banal und für jeden selbstverständlich, aber doch wert festzuhalten:

a) „Energieversorgung“ ist nicht bloß eine Geschäftssphäre von Energiekonzernen, sondern *ationale Frage*. Sprich: Verfügbarkeit und Preisbildung der Energieträger *überlässt* die Staatsgewalt hier *nicht* den kapitalistischen Berechnungen ihrer maßgeblichen Wirtschaftssubjekte.

Dass „Versorgung“ der Gesellschaft mit Gütern des Bedarfs *nicht* der Zweck derer ist, die f. „die Wirtschaft“ zuständig sind, weiß die Staatsgewalt ganz genau, sie hat es ja selbst so eingerichtet: Versorgung = Bedienung an der Zf der Gesellschaft für Gewinn, so und nur so kommt sie zustande.

Hier: Das darf die Staatsgewalt *nicht* einfach ihren Kapitalisten überlassen, *eigener* Handlungsbedarf.

Einerseits Eingeständnis: Versorgung hinten und vorne nicht Zweck der Kapitalisten; wenn man das *denen* überlässt, dann kommt nach den 3 o.g. Gesichtspunkten nichts Verlässliches raus.

Zugleich aber wiederum überhaupt nicht. Denn der *Grund* dafür, dass der Staat das in die Hand nimmt, ist ja gar nichts anderes, als dass das Kapitalwachstum optimal gelingt. Der Bedarf, der sich aus *diesem Zweck* speist, ist Gegenstand staatlicher Vor- und Fürsorge.

Deswegen geht die auch nicht so, dass die Stg die EnergieV selbst in die Hand nimmt und einfach die Produktion des nötigen Zeug organisiert. Das wäre Planwirtschaft, und die ist ja hierzulande verpönt und angeblich ineffizient. „Effizient“ hingegen ist die Sorte staatlich betreuter, marktwirtschaftlich organisierter Energiewirtschaft, die heutzutage alle kap. Nationen bei sich eingerichtet haben. „Ware“ ist Energie schon auch; also Geschäftsmittel für deren Produzenten ebenso wie für deren industrielle Käufer. *Als solche* ist sie aber nicht einfach das Ergebnis kap. Berechnungen mit Kostpreis und Profit, sondern von vorne bis hinten Gegenstand staatlicher Zielsetzungen und Berechnungen.

Stichworte dazu heißen:

- „Versorgungssicherheit“
- „steigende Preise“
- Importabhängigkeit

Summenstrich: Strategisches Gut

2. Alles Nötige dazu:

a) Versorgungssicherheit: Elementare Voraussetzung und Mittel kap. Wirtschaftens und allen sozialen Lebens. Deshalb staatl. Dienst an seiner Gesellschaft: Verfügbarkeit jenseits des Lohnens *fürs* Lohnen.

- Deswegen *unbedingter, dauerhafter* Zugriff zu jeder Zeit in jeder vom Kapital benötigten Menge.

- **Darin enthalten von vornherein imp. Standpunkt dazu:** Egal, wo das Zeug rumliegt, ist „unser“. - „Brauchen“ damit einerseits brutal stofflich; sofort aber nicht einfach stofflich gemeint: Bedarf nach dem Stoff richtet den staatl. Blick gleich auf die von *fremden Gewalten* bewirtschaftete Lagerstätte („Geostrategie“).

b) „Importabhängigkeit“: Von diesem Maßstab aus *Zugriff* ständig *gefährdet*: Übergang von Kaufen zu Sicherung eines *nationalen Besitzstandes*. Zugang = Immer schon Verhältnis zu anderen *Gewalten*: Lieferanten; Konkurrenten....

- „Kontrolle“ der *eigenen* Energiebedarfe also: Konkurrenzfrage mit *denen*. „Wege“ des Konkurrerens: Eigene Nachfrage *unabweisbar* machen. Andere *Gewalten* auf sich verpflichten. Selbst zum maßgeblichen Produzenten werden – nicht nur von *Energie*, sondern für deren *Produktion*.

c) Preis: Das Ganze immerzu im Verhältnis dazu / als Mittel dafür, *wofür* dieses Gut *da* ist bzw. zu *sein hat*: Kap. Wachstum, dessen Konjunktoren, dessen stofflichen Bedarf *und* – was keineswegs dasselbe ist! - Rentabilitätsberechnungen. Und zwar beider Seiten: Der E-Konzerne wie der Abnehmer. „Standortfaktor“.

3. Von diesem Maßstab aus blickt die Weltwirtschaftsmacht Deutschland auf die bestehende Art der Versorgung ihres Standorts mit Energie und definiert die als mangelhaft :

a) Zitat (2):

„Die Abhängigkeit von Energieimporten... zu erneuerbaren E.“

a) Erreichter Stand der Nation in der weltweiten Konkurrenz um Energie auf all diesen Ebenen

b) dessen *Gefährdung* ist der Ausgangspunkt. Nicht Not oder Mangel; weder des Kapitals und schon gar nicht des Verbrauchers; *staatliches* Anliegen.

Nationales Anspruchsniveau: „Aufbau eines komplett neuen Energiesystems“. (BminfWT ebda). Und zwar gleich so, dass es für die Energieproduzenten rentabel ist, für das Kapital ein Standortangebot *und* Dt. zum Marktführer macht.

Das war schon Standpunkt 2010. Verschärft durch Fukushima. Dem GAU entnimmt die dt. Regierung die Unterstreichung ihres *energiepol. Standpunkts*. „Schluss“ von GAU auf „erneuerbare“ Energien endlich unabweisbar...!

b) Dass man als führende Industrienation dafür **einerseits** im Prinzip alle Mittel in der Hand hat: globale wirtschaftende Energiekonzerne, Kapitalgröße, ist der Ausgangspunkt und Maßstab des aktuellen Vorhabens.

(Zit: Dt. wettbewerbsfähiges Land)

Und zwar auf höchstem kap. Niveau. Darin eingeschlossen: a) Energieproduktion *selbst* b) deren *Produktionsmittel* zur national gewinnträchtigen Geschäftssphäre herrichten:

„Immer mehr Staaten erkennen, dass durch den Ausbau der EE teurer Energieimport durch heimische Wertschöpfung ersetzt werden kann. Und gerade die dt. Wirtschaft profitiert als Exportnation ... vom globalen Ausbau... Marktfähigkeit ohne Subventionen ist das wichtigste ökonomische Ziel.“ (Altmaier, FTD 27.8.12).

Interessante Logik: Weil die selbst bei sich unabhängig werden wollen von Importen, sollen sie sich von unseren Produkten abhängig machen....!

Höchste Fassung imp. Energiewirtschaft: Kapitalgröße in der Sphäre der Energieproduktionstechnologie stiften und befördern, darüber Pkte 1 – 3 erledigen.

Dafür müssen dann eben nicht einfach Windräder, Solarzellen und Netze her, sondern das alles am besten von dt. Konzernen produziert und eingerichtet, auf höchstem Stand der Technik.

c) Noch einmal zusammengefasst:

„Versorgungssicherheit“ ist die Gewährleistung offener Märkte für den Export moderner Energietechnologien in die für Deutschland wichtigen Absatzregionen.“ (website des Bmin.)

Wie ist da gedacht: Das will und muss Dt. hinbekommen:

Auf dem eigenen Standort mit alternativen Energien eine unschlagbar verlässliche und rentable Energieproduktion hinbekommen; zugleich die Technologien entwickeln, die andere Nationen für ein ebensolches Programm benötigen; die auf die Weise überzeugen, dass sie es dem deutschen Vorbild nachmachen müssen; und damit zum Weltführer im Export der entsprechenden Produkte werden.

Das ist das moderne Autarkieideal: *Staatliches Konkurrenzprojekt* auf allen Ebenen, vom nationalen Kostpreisbestandteil bis hin zur Benutzung auswärtiger (ebenfalls staatlich, nämlich durch Energieprogramme anderer Nationen gestifteter) Zahlungsfähigkeit für dt. Geldreichtum.

Das aber auch das Spekulative an dem Projekt: Die kap. Nützlichkeit der *heimischen* Energiewende steht und fällt damit, dass es gleichzeitig gelingt, den Weltmarkt für die entsprechenden dt. Produkte zu besetzen....!

Auch darum will sich deshalb im Rahmen der Energiewende gekümmert werden:

„Internat. Energiepolitik“:

„Vor dem Hintergrund der hohen Abhängigkeit Deutschlands von Energierohstoffimporten und steigender Energiepreise aufgrund einer wachsenden globalen Energienachfrage und geopolitischer Risiken sind die internationalen Energiebeziehungen ein wichtiger Bestandteil der deutschen Energiepolitik. Eine kohärent ausgestaltete deutsche Energieaußenpolitik im bilateralen und multilateralen Rahmen ist für die Gewährleistung einer umweltschonenden, zuverlässigen und bezahlbaren Energieversorgung unverzichtbar.“

III. Die Praxis der dt. Energiewende und ihre Widersprüche

EEG: „Zweck des Gesetzes: ... im Interesse des Klima- und Umweltschutzes nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung (fördern), volkswirtschaftliche Kosten der EV auch durch Einbeziehung

langfristiger externer Kosten zu verringern; fossile ER schonen; Weiterentwicklung von Technologien zur Erzeugung von Energie aus EE zu fördern.“ (§1EEG)

1. Wie taucht in dieser Fassung der staatlichen Zielsetzung deren staatmaterialistischer Gehalt auf?

- a) Der Begriff der „Nachhaltigkeit“: Gebrauchswertmäßige Fassung des modernen Autarkiestandpunkts. Ausführung zu: Der Sprachschatz der Klimadiplomatie als Darstellungsform imperialistischer Zwecksetzungen. Was man sich darunter vorstellen soll (Ressourcenschonung, Umwelt etc.); was es der Sache nach ist: Dauerhafter Zugriff. Den garantieren allerdings nicht Wind und Sonne, sondern, wie die Dinge liegen, deren *kap. Bewirtschaftung*. Die wird einfach mitgedacht, und schon ist die Identität von allgemeinem Nutzen und kap. Geschäft fertig.
- b) Vwl. Kosten (hier ist die staatl. Kritik an der Kernkraft einschlägig. „Externe Kosten“ heißt bloß, dass für das ständige Teurerwerden der schädlichen Wirkungen der konventionellen Energieproduktion in aller Regel nicht die zur Kasse gebeten werden, die sie verursachen.)
- c) technolog. Weiterentwicklung (s.o.)

2. Verhältnis Kap. –Staat bei diesem Programm

„Der Umbau ...kann nur gelingen, wenn alle an einem Strang ziehen. Die Unternehmen müssen (!) milliardenschwere Investitionen tätigen...“ (BminfWT ebenda)

Nein, um realsozialistische Planwirtschaft handelt es sich hier nicht. Das „müssen“ ist keine *Vorschrift* an die freien Berechnungen des privaten Geschäfts, vielmehr die mit Staatsknete bewehrte Aufforderung ans Kapital, ihr Geldverdienen in den Dienst des Staatsprogramms zu stellen, weil dessen Erfolg – letztlich – ihnen zugute kommt.

Soviel klar: Das Kapital hat die staatlich verordnete Energiewende nicht bestellt.

Weder die Unternehmen, die Strom verbrauchen, noch die, die ihn produzieren. Dass und inwieweit das Ganze inzwischen „Zukunftsmarkt“ ist, ist von vorn bis hinten staatliches Werk. Die Unternehmen setzen auf die staatlichen Berechnungen und Interessen, machen aus ihnen Geschäftsfelder; in der Weise und in dem Ausmaß, wie es sich für sie lohnt. Daran hat der ideelle Gesamtkapitalist auch gar keine Kritik, wie auch. Das sollen sie ja gerade, aber nun eben nach Maßgabe der **neuen** Vorgaben.

Staat fasst „seine“ Wirtschaft (Produzenten wie Abnehmer) als *Instrumente* ins Auge, um *seine* Energiebasis vorwärtsgerichtet zu sichern. Die Staatsgewalt setzt mit der Energiewende eben einen *weiter reichenden* Anspruch in die Welt als den, dass seine Lieblingsbürger mit ihren Rechnungen, *wie sie gehen und stehen*, gut fahren. Er dreht mit der Energiewende das Verhältnis *glatt um*: Die *Unternehmen* – die der Energiewirtschaft, der Technologieproduktion ebenso wie der gesamte Rest – sollen *sein* Interesse an Umstellung der nationalen Energiebasis *wahrmachen*. Idealerweise gehen dann die Berechnungen beider Seiten dann ineins. Wenn nicht, wird staatlich nachjustiert; das Prinzip wird nicht aufgegeben.

Dass die nur geht, wenn sie sich auch für das Kapital lohnt – und zwar für alle 3 Abteilungen... - ist dabei unterstellt und anerkannt.

Deswegen ist der Staat auch für die Einwände empfänglich, die aus *deren* Kreisen *gegen* seine Vorhaben laut werden. *Sie* sollen ja motiviert werden, das staatliche Programm zu ihrer Bereicherungsquelle zu machen; also muss *ihr* Geschäft auch *gelingen*. *Daran* entscheidet sich nämlich letztlich der Erfolg des staatlichen Projekts. So schließt sich der Kreis.

Deshalb Energiewende begleitet vom Dauerdiallog Staat – Kapital („Energiegipfel“). Da wird nicht der Bock zum Gärtner gemacht, wie Linke meinen, sondern die staatlich gewollten Nutznießer der Umstellung für deren „Umsetzung“ in Anspruch genommen.

Dafür ist das EEG als Instrument der „Umstellung“ ein schönes Lehrstück: Ebenso die jetzt laut werdende Kritik daran und die Reaktion der Politik *darauf*. Wo sich *die* Brüder streiten, sollte man sich nicht einmischen!

3. Wie werden diese staatlichen Zielsetzungen „umgesetzt“? (Experimente in corpore vili)

a) Die Logik staatlicher „Steuerung“ am Material von Preis- und Abnahmefestlegungen, Umlage etc.:
Was das Gesetz vorschreibt (**Zitat**):

a) Abnahmeverpflichtung: Was ist das für eine seltsame Vorschrift?

Der Gesetzgeber geht zunächst einmal davon aus, dass der „erneuerbare“ Strom *teurer* ist als der konventionell produzierte. Und das nicht einfach deshalb, weil der Aufwand an Material und Arbeit für diese Anlagen ziemlich erheblich ist. Sondern deshalb, weil dieser Aufwand *Kapitalanlage* ist, d.h.: Die Unternehmen, die ihn produzieren (sollen), verlangen für ihr Produkt einen Preis, der ihnen erstens den Rückfluss ihres für die neuen Anlagen getätigten Kapitalvorschusses in angemessener Zeit sichert und zweitens einen ausreichenden Profit. Diese Kriterien lohnender Anlage von Kapital sind im EEG unterstellt und anerkannt; von den entsprechenden Berechnungen ihrer Energieversorger will die Staatsgewalt den geplanten Umbau aber nicht abhängig machen. Also *garantiert* er ihnen zunächst einmal mit der Abnahmegarantie, dass ihre *Ware* auf jeden Fall schon *Geld* ist, wenn sie auf die Welt kommt. *Wieviel* Strom auch immer sie meinen, in bestimmter Zeit produzieren zu müssen, damit ihre Investition in angemessener Zeit mit dessen Verkauf zurückkommt – den werden sie auch auf jeden Fall los.

Was der Staat da dem Kapital schafft, ist also so etwas wie ein *garantierter Markt*.

Damit setzt er absichtsvoll ein neues *Datum* für die Konkurrenz zwischen Produzenten und Abnehmern um den Strom als lohnendes Geschäftsmittel. Diese Konkurrenz soll für die *eine Seite* des Geschäfts auf jeden Fall ein verlässliches Mittel der Verwertung ihrer Kapitalanlage sein.

Das Ganze heiße dann auf VWL-Deutsch „Investitionssicherheit“: Lange Anlageperiode, viel Kredit. Kapitalgröße will *organisiert* sein.

Banken und Anleger wollen Sicherheit für ihre Spekulation auf den Umbau. Darüber hinaus will der Staat: Dem Kapital nicht nur die nötigen Geldmittel in die Hand spielen, sondern auch die Zeit für Innovationen zu lassen.

Das hat Folgen:

Mit der Abnahmegarantie garantiert der Staat natürlich *nicht* gleichzeitig, dass diese Strommengen auch tatsächlich *gebraucht*, d.h., von den einschlägigen Endabnehmern auch gekauft werden. Da bleibt alles ganz marktwirtschaftlich: Der Letztverkauf der produzierten Strommengen fällt wie immer in die Zuständigkeit der Großabnehmer.

1. Der Strom muss irgendwo *hin*. Natürlich kann man auch Windräder ausschalten, wenn ihr Produkt gerade nicht benötigt wird. Aber warum sollten die Betreiber das tun, wenn sie eine staatliche Abnahmegarantie haben. *Denen* geht's ja nicht um „Versorgung“, sondern um Gewinn. Und außerdem: Genau das war doch gewollt - dass *die* die „Versorgung“ des Standorts übernehmen!
2. Soweit der Strom dann, bezogen auf den jeweiligen Stand der Verbrauchs tatsächlich materiell „zuviel“ ist, müssen dann eben *andere* Stromproduzenten in entsprechenden Zeiten abgeschaltet werden.
3. Die sind deshalb nicht überflüssig: Ihnen wird die Funktion zugewiesen, als Reservekapazität zu fungieren, für Spitzenverbräuche und wenn mal der Wind nicht so weht wie er soll.
4. Das wäre in einer Planwirtschaft überhaupt kein Problem - oder bestenfalls ein technisches. Die mag es ja auch noch geben, die werden die einschlägigen Ingenieure dann schon lösen; z.T. wissen sie ja auch wie, die Umsetzung „rechnet“ sich aber noch nicht... . *Wird* hier aber eines, weil *Stillstand anderswo* bedeutet: Deren Produktion wird *unrentabel*, deren Kapital entwertet sich.

Und auch *das* ist ja irgendwie staatlich gewollt: Der Ökostrom *soll* ja den konventionellen ersetzen – jedenfalls auf lange Sicht. Dass er dabei und dafür aber auch die Bilanzen genau der Konzerne ruiniert, die für die Umstellung eingespannt werden sollen – das ist wiederum *nicht* gewollt. Erstens werden deren *Kap.* noch benötigt; und zweitens tragen sie ja mit ihrem *laufenden* Geschäft zum Wachstum bei und sollen zugleich gerade als die kapitalkräftigen Subjekte der Umstellung funktionieren (RWE).

(Beispiel RWE)

b) Preis

Die staatlichen Planer gehen aber noch einen Schritt weiter und garantieren den Produzenten von Ökostrom nicht nur die *Abnahme*, sondern auch noch einen *Preis* für ihre Ware. Das ist konsequent: Was nützt den Windparkkonsortien das schönste Recht auf *Verkaufen*, wenn das *Geld*, das dafür überkommt, den Verdienstansprüchen von Anlegern und Kreditgebern nicht genügt!

Auch an dieser Stelle wollen die staatlichen Energiewender aber nicht einfach die kapitalistischen Berechnungen der Energieunternehmen außer Kraft setzen. Den Netzbetreibern ist der Preis diktiert, zu dem sie den Strom *abnehmen*; der Preis, zu dem sie ihn *vermarkten*, ist ihre Sache und als solche das Ergebnis von Angebot und Nachfrage, im Direktverkauf und an der Strombörse. Da geht das EEG locker davon aus, dass sich das Geschäft für diejenigen, die dort Strommengen anbieten, überhaupt nicht immer rechnet - (Zitat)

und auch das soll nicht sein: Schließlich sind auch die Netzbetreiber wichtige Beiträge zur Energiewende, müssen also an ihr verdienen können, wenn sie klappen soll.

Da weiß der Gesetzgeber schon wieder Rat: Damit das Geschäft derer, die den Strom vom *Produzenten* kaufen, unter dem staatlichen Preisdiktat nicht allzu sehr leidet, bekommen sie die Verluste, die sie machen, wenn sie den Preis an der Börse nicht wieder reinholen, von staatswegen *ersetzt*.

c) Umlage

Allerdings: Keineswegs aus der Staatskasse. Hier kommt der „Endverbraucher“ ins staatliche Spiel: Vielmehr der Beitrag, den *er* zur Finanzierung der „Energiewende“ zu leisten hat. Der Gesetzgeber hat sich nämlich eine *Umlage* einfallen lassen, aus der die Differenz zwischen Abnahmepreis und Börsenpreis (nicht ausschließlich, aber doch zu großen Teilen) finanziert wird. Und die zahlt der „Stromkunde“.

An *dieser* Stelle macht sich der Staat für *seine* energiepolitischen Ziele den Sachverhalt zunutze, mit dem ich im letzten Teil eingestiegen bin: Dass nämlich Strom nicht *irgendeine* Ware ist, sondern der Zugang zu, die Verfügung über diese Ware eine *unerlässliche Grundlage* des Funktionierens des modernen kapitalistischen Ladens ist. Dass also Unternehmen wie Privathaushalte, Kommunen wie Krankenhäuser *diese* Ware tatsächlich kaufen *müssen*, weil sonst bei ihnen nichts läuft. Also auch jeden Preis dafür zahlen müssen, den die Quasimonopolisten Stromversorger ihnen abverlangen.

Staat tut das Seine zum Steigen des Preises dazu:

- Stromsteuer

Netzentgelte

Diese Angewiesenheit aller auf das Produkt Strom nach seiner stofflichen, gw-mäßigen Seite ist die *praktische* Grundlage dafür, dass der Staat, wann immer es darum geht, die Energiewende voranzubringen, auf den Stromkunden als Letztfinanzier zurückkommt. **Ein Beispiel:**

Kabel...

Und man muss auch nicht denken, dass den staatlichen Stellen die Wirkung steigender Strompreise auf die Zahlungsfähigkeit seiner Bürger irgendwie unbekannt wäre. Die kennt er sehr wohl und betreibt Vorsorge:

1. Unterscheidung Unternehmen – Privatverbraucher; „energieintensiv“. Wirkung auf Kostpreis, auch schon wieder ein nicht hinzunehmender Schaden: Greift die Kosten- Gewinnrechnungen der Wirtschaft an, solliziert sogar evtl. Geschäftsverlagerung – das soll nicht sein.

2. Privatkunden: Die haben erstens keine Kostpreise in dem Sinne, weil sie keine Überschüsse erwirtschaften, und weglaufen können sie auch nicht.

Den 1. kommt er mit Ausnahmen

Den 2. damit, dass er den SP zu *neuen sozialen Frage* erklärt. Und da muss man schon wieder nicht denken, da wollte der Staat armen Leuten Gutes tun (**Zitat Bländer 10/12 S. 3**)

Sozial ist damit – einerseits - alles geordnet: Die Kunden wissen, wer von ihnen arm genug ist, um etwas Staatsknete zu bekommen, die Politiker haben ein Wahlkampfthema, und ganz nebenbei ist auch noch klargestellt, dass die Preissteigerungen sein müssen und eine gute Bedingung für effizientere Energienutzung darstellen.

Andererseits: *Unbezahlbar* soll der Strom für die normale Menschheit auch wirklich nicht werden. Staatl. Bezugnahme auf die *Funktion...*

Zusammenfassung:

Die Indienstnahme kapitalistischer (Be-)rechnungen für deren staatlich gewollte „Umorientierung“. Staat *verschafft* dem Kapital Geschäft (lässt also dessen Berechnungen, wie sie gehen und stehen, *nicht* gelten), und *unterwirft* sich zugleich dessen Kalkulationen mit *seinen* Vorgaben. Bis zur nächsten Runde... So geht marktwirtschaftliche Planung.

b) Der hohe Anspruch dabei: Umstellung soll *auf Basis* und unter *Benutzung* der Erträge der *bestehenden* Energieversorgung diese als Versorgungsmittel *ablösen*. Das deswegen wiederum nicht *so*, dass die „konventionellen Energieträger“ zu früh oder an falscher Stelle unrentabel werden, *bevor* die neuen sich lohnen.

b) Das Ergebnis: Staatliche Hebel *produzieren* lauter Friktionen: Bei Preisen, Versorgung... Und die „Marktreife“ neuer Technologien stellt sich auch nicht so ein wie gewollt.

3. Der Staat zieht Bilanz und ist unzufrieden

a) Dt. Energiewende gelingt zu gut (Zitat FAZ/Altmaier)

Konstatiert werden *Fehlentwicklungen*: Staatl. Absichten unterschrieben, Methoden der Umsetzung kritisiert. Gute Absicht, schlechte Durchführung, heißt der Befund. Bilanz sortiert gute von schlechten Wirkungen, Programm wird durchgezogen.

Daran wird noch einmal klar: Immer mehr Wind und Sonne – gut fürs Klima, gut für die Umwelt... darum geht's nicht. Sondern: Was *verträgt* der Standort bzw. seine diversen Bestandteile an *aktuellen* Belastungen, und inwiefern kommen *die* dem *Zweck* der ganzen Chose in den Weg?

b) Maßstab des „Vertragens“ genau der gleiche, unter dem der Staat die EW auf den Weg bringt:

- Energiepreis entscheidender *Kostenfaktor* für *jede* nationale Rechnung.
- Energiepreis zugleich entscheidender *Konkurrenzgesichtspunkt* zwischen den Nationen: Wg. steigender Strompreise ziehen „energieintensive“ Unternehmen Standortverlagerung in Erwägung – was passiert mit „unseren“ Arbeitsplätzen...?
- von der Ausweitung des Marktes für EE-Technologien profitieren gar nicht „unsere Unternehmen“ : Bei Solarzellen räumen die Chinesen ab, dt. Firmen gehen pleite.
- Besetzung der Märkte durch „unsere“ Firmen gelingt nicht, fallen in der Konkurrenz zurück (Zitat).

Zweite Front: Bürger machen auch noch mobil und wollen ihr Dorf nicht verschandelt wissen.

Die *wirkliche* Rolle von Energie und deren Preis als *Instrument* kapitalistischen Wachstums und nationaler Standortkonkurrenz kommt als *Einwand* gegen das staatliche Projekt daher, genau diese nationalen Rechnungen mit Energie auf eine *neue Grundlage* zu stellen; und zwar mit dem expliziten *Zweck*, die Basis dieser Rechnungen zu *verbessern*. Staatshänger sagen: Das machen wir doch alles bloß *für euch!* Die Abnehmer querbeet: Aber *so* nützt *uns* das gar nichts, und du musst doch das Gelingen unserer Berechnungen wollen wg. deinem Programm! Und die Kritiker sind sich offenbar

sicher, dass da *keine* Zurückweisung erfolgt nach dem Motto: Hallo, wir *wollten* doch den CO₂-Ausstoß vermindern und weg vom Atom. Dass das erst einmal *kostet*, war doch klar, das haben wir auch gar nicht verschwiegen (Merkel: Herkulesaufgabe...). *Aber* dafür *bekommen* wir alle doch auch was: Weniger Risiko, saubere Luft... Dagegen unisono die Republik: Und was nützt die schönste Umwelt, wenn sie unbezahlbar wird?

c) Der Staat weist diese Einwände nicht einfach zurück. Er misst nämlich

- den Erfolg seiner „Wende“ *selbst* daran, dass die Rechnungen seiner Energiekonzerne *mit* Energie aufgehen (Zitat).

- *Schaden* will der Staat dem kap. Wachstum auf seinem Standort mit seinem Energieprogramm ja wirklich nicht, ganz im Gegenteil.

- *Insofern* lässt er sich die Kritik einleuchten. Aktuell: Der Staat gibt seinem Regime (jedenfalls partiell...) die Schuld an „Fehlentwicklungen“ und zieht eine Strompreisbremse in Erwägung. *So* war das nicht gemeint, dass die Stromproduzenten bloß absahnen und keine technische Revolution in die Wege leiten (Altmaier-Zitat).

Am *Zweck* der Chose wird also gegen alle Kritik *festgehalten*.

„Strompreisbremse“: Schafft die Problemlage natürlich gar nicht aus der Welt: (Zitat)

IV. Die Konkurrenz schläft nicht

Mit ihrem ehrgeizigen Projekt zielt die dt. Politik auf die Herstellung einer *neuen Konkurrenzlage* in globalen Energiefragen:

Altmaier-Zitat: Avantgarde

Denn:

1. Die Zielsetzung, qua Klimadiplomatie die anderen Nationen zu Abnehmern der eigenen technologischen Wunderwaffen zu machen, geht nicht wie gedacht auf:

a) Die anderen Nationen machen eigene „Wenden“: Atom, Gas... Die Verknüpfung CO₂ – EE wird untergraben, ist praktisch obsolet (Altmaier zu den USA: Ärger, Ärger...)

b) Entsprechend schwindet der Wille der restlichen Staatenwelt, sich auf neue CO₂-Vorgaben festzulegen.

c) Konkurrenten (China) werden zu Nutznießern des dt. Marktes; umgekehrt klappt das weniger.

2. Darüber treten die *nationalen Kosten* der Wende *aktuell* in Gegensatz zur damit bezweckten, vorwärtsgerichteten energiepolitischen Aufmöbelung des Standorts

- das Ganze noch verschärft durch die neue energiepolitische Offensive der USA.

Deswegen Altmaier Avantgarde: Ausgewählte Staaten sollen hier am gleichen Strang ziehen, damit das *dt.* Projekt aufgeht...

Zeigt nochmal das Spekulative, Riskante an dem Vorhaben: Wenn der nationale Nutzen von der globalen Durchsetzung vom Energieproduktmethoden und -mitteln made in Dt. abhängt.

Einen anderen Weg gibt's aber nun einmal nicht... – sagt der zuständige Minister. Der wird's schon wissen.

